

Ausgleichskasse für Verdienstausschlag. Ausserordentliche Generalversammlung in Bern, 15. Dezember 1941 : orientierender Bericht = Caisse de compensation pour perte de gain, Rapport sur l'assemblée générale extraordinaire du 15 décembre 1941 à Berne

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Schweizer Kunst = Art suisse = Arte svizzera = Swiss art**

Band (Jahr): - **(1941)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SCHWEIZER KUNST

ART SUISSE ARTE SVIZZERA

OFFIZIELLES ORGAN DER GESELLSCHAFT SCHWEIZERISCHER MALER
BILDHAUER UND ARCHITEKTEN

ORGANE OFFICIEL DE LA SOCIÉTÉ DES PEINTRES, SCULPTEURS ET
ARCHITECTES SUISSES

JÄHRLICH 10 NUMMERN
10 NUMÉROS PAR AN

N° 5

DEZEMBER 1941
DÉCEMBRE 1941

Ausgleichskasse für Verdienstausschlag.

Ausserordentliche Generalversammlung in Bern, 15. Dezember 1941.

Orientierender Bericht.

Gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung Solothurn am 5. Juli 1941 wurden auf Veranlassung unseres Zentralpräsidenten Hügin Schritte bei Herrn Dr. Jagmetti, unserem Rechtskonsulenten unternommen, der sich mit dem Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (B. I. G. A.) in Verbindung setzte, um bei Anschluss der Maler und Bildhauer an die kantonalen Ausgleichskassen für dieselben eine Ermässigung auf Fr. 2.— monatlich des Beitrages zur erwirken. Diesem Gesuch konnte vom B. I. G. A. jedoch nicht entsprochen werden. Gleichzeitig wurde uns aber mitgeteilt, es sei im Gewerbe (welchem die Maler und Bildhauer angeschlossen würden) eine bessere Anpassung der Beiträge an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und an die sozialen Verhältnisse, in Aussicht genommen.

Hierauf wurde am 9. Oktober 1941 vom E. V. D. eine neue Verfügung publiziert, wonach die Beitragspflicht bei kleinen Einkommen ermässigt, und in Härtefällen vollständig erlassen werden kann.

Inzwischen hatte auch der Z. V. die Gründung einer eigenen Ausgleichskasse von neuem gründlich geprüft und in Anbetracht der Schwierigkeiten, die für die G. S. M. B. A. entstehen würden, einstimmig beschlossen, auf Gründung einer eigenen Kasse zu verzichten, dafür aber den Anschluss an die kantonalen Kassen zu beantragen.

Zur Beschlussfassung über diesen Antrag des Z. V. wurde eine ausserordentliche Generalversammlung einberufen, die am 13. Dezember 1941 in Bern stattfand und an welcher 57 Mitglieder beiwohnten. Vom B. I. G. A. war Herr P. Clottu anwesend, der auf verschiedene von Mitgliedern gestellten Fragen ebenso liebenswürdig wie ausführlich antwortete. Der Präsident orientiert die Versammlung genau über alles was seit der Generalversammlung Solothurn vorging und gibt vor allem auch Auskunft über die genauen Zahlen der finanziellen Leistungen der Kasse und deren der Maler und Bildhauer an die Kasse.

In der darauf folgenden Diskussion sprachen lebendige und mutige Worte der Empfehlung für den Anschluss: Würigler, Bern, J. Jöbi, Bern, Ernst Suter, Basel. Sachlich kritisch in finanztechnischer Hinsicht äusserten sich unter Anderen, Reist, Bracher, Teucher, Leo Steck. Die rege Diskussion benützten ebenfalls die Kollegen Gimmi, Ritzmann, Walter, Bolens, Prochaska, Vibert, deren Tonart auf Bedenken, Ermunterung oder auf Abklärung abgestimmt war.

Egli, Präsident der Sektion St. Gallen, teilt mit, gerade die diensttuenden Mitglieder seiner Sektion hätten sich gegen den Anschluss ausgesprochen, wie es scheint aus Befürchtung vor den vielen Formularen und Fragebogen, die auszufüllen sein werden, auch weil sie mit dem Bezug der Wehrmannsunterstützung genügend zufrieden sind.

Präsident Hügin erinnert daran, dass die lange Prüfung der Frage auf Wunsch der diensttuenden Mitglieder unternommen wurde. Deshalb begreift er die Umstellung der St. Galler nicht recht. Er erwähnt auch, dass das E. V. D. befugt sei, den vorgesehenen Anschluss auch gegen den Willen der Künstler in Kraft zu setzen.

Hunziker, Sektion Aargau, beantragt, falls die Gründung einer eigenen Kasse sich wirklich als unmöglich erweise, und der Anschluss an die kantonalen Kassen für die Künstler zu teuer wäre, den Anschluss an die bestehende Ausgleichskasse des Musikpädagogischen Verbandes zu beantragen, eventuell mit Anschluss auch der Mitglieder des Schriftstellervereins.

Herr Clottu teilt mit, dass die Schriftsteller bereits ihren Anschluss an die kantonalen Kassen nachgesucht haben; Hügin glaubt kaum, dass der Musikpädagogische Verband zu einem solchen Anschluss unserer Mitglieder bereit wäre, der seine Rechnung wahrscheinlich umstürzen würde. Hügin erwähnt auch, dass dieser Antrag übrigens statutengemäss heute nicht diskutiert werden kann, da er nicht auf der Traktandenliste steht. Auch würde dadurch die ganze Sache von neuem verzögert.

Dr. Barth, Präsident der Sektion Luzern teilt mit, seine Sektion sei im Prinzip mit dem Anschluss an die kantonalen Kassen einverstanden, sie beantrage aber, dass die Bedingung zur Unterstellung der Künstler, Beteiligung an einer nationalen Kunstausstellung, fallen gelassen werde.

Der Präsident macht darauf aufmerksam, dass doch auf irgend eine Art festgesetzt werden muss, welche Künstler beitragspflichtig sind, und dass in besonderen Fällen der Z. V. im Einvernehmen mit B. I. G. A. befugt sei, zu beschliessen; übrigens habe B. I. G. A. diese Bedingung unseren eigenen Statuten entnommen, die zur Aufnahme als Aktivmitglied unserer Gesellschaft gestellt wird.

Roth, Solothurn, unterstützt den Antrag Barths und beantragt, dass einfach « Berufskünstler » der V. E. O. unterstellt werden.

Der Präsident betont, dass eine Beschlussfassung über diese Anträge, die nicht auf der Traktandenliste stehen, statutarisch nur dann möglich ist, wenn mit Zweidrittelmehrheit die Dringlichkeit zuerst beschlossen wird, also mit mindestens 36 Stimmen von 53 Anwesenden.

Die Abstimmung ergibt für die Dringlichkeit nur 6 Stimmen, sodass über die Anträge Barth und Roth nicht abgestimmt wird.

Man geht nun über zur Abstimmung des Antrages des Z. V.: « Anschluss der Maler und Bildhauer der G. S. M. B. A. an die kantonalen Ausgleichskassen. » Die Abstimmung ergibt 49 Stimmen dafür, 1 dagegen. Der Antrag ist somit angenommen.

Ein Telegramm wird an Herrn Dr. Jagmetti abgesandt, der sich für diese für unsere diensttuenden Kollegen so wichtige Frage sehr einsetzte. Die Sitzung wird 17 Uhr 30 geschlossen.

In der Januarnummer der *Schw. Kunst* werden die Leistungen der Kasse und die Angaben über die Abstufung der Beiträge bekannt gegeben.

Caisse de compensation pour perte de gain.

Rapport sur l'assemblée générale extraordinaire du 15 décembre 1941 à Berne.

Suivant décision de l'assemblée des délégués du 5 juillet 1941 à Soleure, et à l'instigation de K. Hugin, président central, des démarches furent entreprises auprès de notre juriste M. le Dr Jagmetti qui se mit en rapport avec l'office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, en vue d'obtenir pour les peintres et les sculpteurs, en cas de rattachement de ceux-ci aux caisses cantonales de compensation, une réduction à fr. 2.— de la contribution mensuelle.

L'office fédéral ne put toutefois acquiescer à cette requête mais il nous informait en même temps qu'une meilleure adaptation des contributions à la situation économique de l'artisanat (auquel se rattacheraient les peintres et les sculpteurs) était à l'étude.

Sur ce, fut publié le 9 octobre 1941 un nouvel arrêté du département fédéral de l'économie publique, suivant lequel la contribution peut être réduite en cas de ressources minimales, et même être remise complètement si des conditions particulières en rendent le paiement trop difficile.

Dans l'intervalle le comité central avait à nouveau étudié d'une manière très approfondie la création d'une caisse autonome de compensation ; il dut à l'unanimité décider d'y renoncer, vu les difficultés de toutes sortes qui en résulteraient pour la société, mais il décida de proposer le rattachement des peintres et des sculpteurs aux caisses cantonales de compensation.

Une assemblée générale extraordinaire fut convoquée à cet effet pour le 13 décembre 1941 à Berne, à laquelle prirent part 57 membres de la société. L'office fédéral y avait délégué M. P. Clottu qui répondit d'une manière aussi aimable que pertinente à diverses questions posées par des membres.

Le président renseigna l'assistance sur tout ce qui s'était passé depuis l'assemblée générale de Soleure et donna des indications précises sur les contributions des artistes à la caisse et les allocations qui leur seront accordées par celle-ci.

Dans la discussion qui s'engagea, le rattachement aux caisses cantonales fut chaudement et courageusement recommandé par Wurgler, Berne, Jacobi, Berne, et Ernest Suter, Bâle. Dans un sens critique, financier ou technique prirent entre autres la parole : Reist, Bracher, Teucher, Leo Steck. Intervinrent encore, soit pour demander des explications, exprimer des craintes ou donner des encouragements : Gimmi, Ritzmann, Walter, Bolens, Prochaska et Vibert.

Egli, président de la section de Saint-Gall, annonce que précisément les membres astreints au service militaire se sont, dans sa section, prononcés contre le rattachement, par crainte, semble-t-il, des nombreux questionnaires ou formulaires qui devront être remplis et aussi parce qu'ils sont satisfaits des allocations accordées par le secours militaire.

Le président Hugin fait remarquer que la longue étude de la question a été faite sur le désir des membres astreints au service militaire ; il ne comprend dès lors pas bien le revirement des Saint-Gallois. Il mentionne aussi que le département fédéral de l'économie publique peut décréter le rattachement prévu, même contre le gré des artistes.

Hunziker, section d'Argovie, propose, dans le cas où la création d'une caisse autonome s'avérerait impossible et le rattachement aux caisses cantonales trop onéreux, de demander le rattachement à la caisse de compensation existante de la Société de pédagogie musicale, éventuellement en y englobant aussi les écrivains suisses.

M. Clottu informe que ces derniers viennent de demander leur rattachement aux caisses cantonales. Hugin ne croit pas que la Société de pédagogie musicale se prêterait à ce rattachement de nos membres, qui risquerait de bouleverser la situation de ses comptes de compensation. Cette proposition, fait encore remarquer Hugin, ne figure pas à l'ordre du jour et ne peut, suivant les statuts, être discutée aujourd'hui. Elle retarderait aussi beaucoup toute l'affaire.

Barth, président de la section de Lucerne, annonce que sa section est en principe favorable au rattachement, mais elle propose que la condition requise pour l'assujettissement des artistes, la participation à une exposition nationale des beaux-arts, soit abandonnée.

Le président fait remarquer qu'il fallait d'une manière ou d'une autre établir quels sont les artistes contribuables, et que le comité central est compétent pour trancher, d'entente avec l'office fédéral, des cas douteux. Au surplus, l'office fédéral n'a fait que reprendre cette condition de nos propres statuts ; elle y est requise pour l'admission d'un membre actif dans notre société.

Roth, Soleure, appuie la proposition de Barth et propose que soient simplement réputés contribuables, « les artistes professionnels ».

Le président fait remarquer que, suivant nos statuts, un vote ne peut intervenir sur ces propositions que si l'urgence est préalablement votée à la majorité des deux tiers des membres présents, au nombre de 53, soit par 36 voix. Au vote, six voix seulement se prononcent pour l'urgence, de sorte que les propositions Barth et Roth ne sont pas mises aux voix.

On passe alors au vote de la proposition du comité central : rattachement des peintres et des sculpteurs de la Société des P. S. A. S. aux caisses cantonales de compensation. Cette proposition est adoptée par 49 voix contre une.

Un télégramme est envoyé à M. le Dr Jagmetti qui a tant fait pour permettre la réalisation de cette institution, si utile à nos collègues astreints au service militaire.

La séance est levée à 17 h. 30.

Le numéro de janvier de l'*Art suisse* donnera des précisions sur le montant des allocations des caisses de compensation et sur celui des contributions dues.

Grundsätzliches zu unsern Gesellschaftsausstellungen.

Wem das letzte Ziel der Kunst am Herzen liegt und mehr bedeutet als sein persönlicher Tageserfolg, der wird sicher den Ausführungen des Zentralpräsidenten in Nummer 3 der *Schweizer Kunst* nur freudig zustimmen können. Es scheint zwar eine Selbstverständlichkeit, dass eine Jury unabhängig und ohne falsche Rücksichten zu entscheiden habe. Dass in dem erwähnten Artikel aber die Pflichten einer Jury einmal scharf umrissen und allseitig klar festgelegt worden sind, das war gewiss nicht überflüssig. Der Zentralpräsident untersteht der Jury so gut wie jeder andere. Wenn nun der Präsident selber die Jury an ihre Verantwortung erinnert, so bedeutet das sicher mehr, als wenn eine solche Ermahnung von seiten eines Unzufriedenen ergeht.

Dass eine Jury sich mit dem Vorrecht, wonach für jeden Einsender ein Werk ihren Entscheide entzogen, also « juryfrei » sein soll, nicht

befreunden kann, ist sehr verständlich ; denn was könnte sie in der Erfüllung ihrer Aufgabe mehr behindern als dieses. Obwohl dies leicht einzusehen ist, beschäftigt gerade diese Frage unsere Gesellschaft schon seit 36 Jahren, ohne dass es doch der Zentralleitung je gelungen wäre, ein Vorgehen zu finden, das den Ansprüchen der grossen Mehrheit unserer Mitglieder Rechnung trüge und die Minderheit zur willigen Einordnung veranlassen könnte. Denn begreiflicherweise ist immer wieder von den Unzufriedenen oder Zurückgewiesenen das Begehren des erwähnten Vorrechtes gestellt worden. Dass es aber ursprünglich nicht von einem Refuzierten stammt und aus einem rein menschlichen Einsehen hervorgegangen ist, dürfte wohl den Wenigsten bekannt sein. Da es sich hier um eine nicht unbedeutende Episode aus der Geschichte der G. S. M. B. A. handelt, so möge der Bericht davon hier mitgeteilt sein.

Im Sitzungsprotokoll der Sektion Bern vom 9. September 1905 ist wörtlich zu lesen :

« Für die Ausstellung in Basel sind 66 Bilder angemeldet. Raum sind 22 1/2 laufende Meter. Die Jury wird deshalb eine grosse Anzahl